



Anti-riot police in Zimbabwe block the road as they watch a crowd gathered to hear an address by leader of the MDC (Movement for Democratic Change) Alliance, Nelson Chamisa, at Morgan Tsvangirai House the party headquarters, in Harare, on November 20, 2019. - Nelson Chamisa was due to address party supporters in his Hope of the Nation Address (HONA). The public address was blocked by riot police who beat up several people as they dispersed MDC supporters and other curious onlookers. © JEKESAI NJIKIZANA/AFP via Getty Images

SIMBABWE

Republik Simbabwe

Staatsoberhaupt und Präsident: Emmerson Dambudzo Mnangagwa

Weiterhin hielten Menschenrechtsverteidiger*innen, -aktivisten und Gruppen der Zivilgesellschaft die Regierung durch Proteste auf den Straßen und über soziale Medien zur Rechenschaft. Viele Menschen schlossen sich an und nahmen an Demonstrationen teil, um gegen die Preiserhöhungen bei Grundprodukten wie Treibstoff und die Erosion der Einkommen zu protestieren. Die Behörden griffen weiterhin auf ein zu breites Gesetz zurück, um gegen abweichende Stimmen vorzugehen. Der zivilgesellschaftliche Raum schrumpfte weiter, da die Behörden weiterhin Aktivisten unterdrückten, verfolgten und friedliche Proteste einschränkten. Die Staatssicherheitsbeamten wandten bei der Zerstreuung von Protesten und Versammlungen weiterhin übermäßige Gewalt an. Die Behörden fuhren trotz verfassungsmäßiger Bestimmungen, die diese Praxis verbieten, mit Zwangsräumungen fort.

HINTERGRUND

Schätzungsweise 8 Millionen Menschen in Simbabwe waren vom Hungertod bedroht, und 2 Millionen hatten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das Gesundheitsversorgungssystem ist fast zusammengebrochen, und in vielen Krankenhäusern herrscht ein Mangel an medizinischem Personal, lebenswichtigen Medikamenten und Ausrüstung. Ein verheerender Zyklon führte im Osten Simbawes zum Verlust von Menschenleben und Wohnraum. Trotz der progressiven Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft in der Verfassung von 2013 betrachten sich viele Menschen in Simbabwe immer noch als staatenlos.

FREIHEIT DER MEINUNGSÄUßERUNG

Die Behörden schränkten das Recht auf freie Meinungsäußerung weiterhin ein. Im Januar wies die Regierung Internetanbieter an, das Internet abzuschalten, angeblich um den Informationsaustausch

und die Berichterstattung während der öffentlichen Proteste gegen die Preiserhöhungen bei Treibstoff und Lebensmitteln einzuschränken. Die Behörden nahmen fünf Personen unter dem Vorwurf der Untergrabung der Autorität oder der Beleidigung von Präsident Mnangagwa fest. Der Stadtrat der Partei Movement for Democratic (MDC), Brian Kembo, wurde im Juni in Bindura verhaftet, weil er behauptet hatte, der Präsident habe es versäumt, die Wirtschaft zu lenken. Trotz vieler Versprechungen versäumten es die Behörden, örtliche Radiosender zu lizenzieren, und das Land hatte seit seiner Unabhängigkeit 1980 nur noch einen Fernsehsender mit einer Sendelizenz, was zu einem Mangel an Medienpluralität und -vielfalt führte.

FREIHEIT DER FRIEDLICHEN VERSAMMLUNG UND VEREINIGUNG

Die Behörden unterdrückten routinemäßig das Recht auf Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung und setzten tödliche und übermäßige Gewalt ein, um friedliche Demonstrationen aufzulösen. Polizei, Armee und Geheimdienst verhafteten willkürlich mehrere Demonstranten, um jeden zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, der verdächtigt wurde, an Demonstrationen teilzunehmen, Demonstranten zu unterstützen oder Demonstrationen zu organisieren. Die Behörden bedienten sich weiterhin des repressiven und übermäßig weit gefassten Gesetzes über öffentliche Ordnung und Sicherheit, um alle geplanten Demonstrationen zu unterdrücken. Im Januar rief der Präsident des simbabwischen Gewerkschaftsbundes ZCTU (Simbabwe Congress of Trade Unions), Peter Mutasa, die Menschen auf, gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise um 130 Prozent zu protestieren, und als Reaktion darauf entsandten die Behörden Polizeibeamte, Soldaten und andere Mitarbeiter der Staatssicherheit in viele Teile des Landes.

Zwischen dem 14. und 16. Januar eröffneten Sicherheitskräfte in Harare und Chitungwiza das Feuer auf die Demonstranten. Nach dem 16. Januar wurden weitere Sicherheitsbeamte in Wohngebieten eingesetzt, unter anderem in Bulawayo, Harare, Epworth, Dzivarasekwa, Mbare, Gweru, Pumula und Mabvuku.² Die Polizei bedrohte und verhaftete auch Journalisten, Ärzte und Rechtsanwälte, die die Proteste beobachteten oder die Demonstranten unterstützten. Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Schlagstöcke, Wasserwerfer und scharfe Munition ein, um die Demonstranten zu zerstreuen. Das harte Vorgehen gegen die Demonstranten beinhaltete Folter und andere Misshandlungen sowie Massenverhaftungen.

Bis Ende Februar waren über 600 Personen im Zusammenhang mit den Protesten vom Januar verhaftet worden.³ Im August benutzte die Polizei das Gesetz über öffentliche Ordnung und Sicherheit (POSA), um in verschiedenen Städten geplante Proteste zu verbieten, die von der oppositionellen MDC organisiert worden waren, um gegen das, wie sie es nannte, Missmanagement der Regierung in der Wirtschaft zu protestieren. Die Polizei erließ Verbotsverfügungen, um geplante Proteste in Harare, Bulawayo, Mutare, Gweru und Masvingo zu verbieten, die von den Gerichten bestätigt wurden. In Harare wurden Demonstranten, die am 16. August trotzig zu Demonstrationen zusammengekommen waren, von der Polizei verprügelt und aufgelöst. Der Organisationssekretär der oppositionellen MDC, Amos Chibaya, wurde verhaftet und steht vor der Anklage, die verbotenen Augustproteste in Harare nicht gestoppt zu haben.

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN

Im Laufe des Jahres wurden mindestens 22 Personen gemäß Abschnitt 22 des Strafgesetzbuches (Rechtsfestschreibung und Reform) angeklagt, eine verfassungsmäßige Regierung untergraben zu haben. Unter ihnen befanden sich Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, führende Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, Gewerkschafter und Aktivisten von Oppositionsparteien, die zu Protesten

aufgerufen hatten, solche Aufrufe über soziale Medien unterstützten oder von denen vermutet wurde, dass sie an Protesten teilgenommen oder diese geplant hatten. Im Mai wurden beispielsweise sieben Personen unter dieser Anklage bei ihrer Ankunft am internationalen Flughafen Robert Mugabe verhaftet, nachdem sie an einem Workshop über Übergangsjustiz und Friedensaufbau auf den Malediven teilgenommen hatten.

ENTFÜHRUNGEN UND FOLTERUNGEN

Im Laufe des Jahres wurden über 40 Menschen von unbekanntem bewaffneten Männern mit Masken entführt, gefoltert und später freigelassen oder wegen verschiedener strafrechtlicher Vorwürfe angeklagt, um sie zum Schweigen zu bringen. Dazu gehören der Präsident und der Generalsekretär der Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ), Obert Masaraure und Robson Chere; der amtierende Präsident der Zimbabwe Hospitals Doctors Association, Dr. Peter Magombeyi; die Komikerin von Bustop TV, Samantha "Gonyeti" Kureya; die pro-demokratische und Menschenrechtsaktivistin Tatenda Mombeyarara. Obert Masaraure wurde am 5. Juni von einer Gruppe bewaffneter Männer aus seinem Haus entführt und gefoltert. Im August wurde die Komödiantin Gonyeti von maskierten Männern aus ihrem Haus entführt, verprügelt und später entsorgt. Am 14. August wurde die Menschenrechtsaktivistin Tatenda Mombeyarara von bewaffneten Männern entführt, verprügelt und später entsorgt. In Harare erzählten 14 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, die zwischen dem 14. und 15. Januar verhaftet worden waren, ihrem Anwalt, dass sie auf der Polizeistation in Chitungwiza gefoltert wurden. Nach Angaben ihres Anwalts konnten sie am ersten Tag ihrer Gerichtsverhandlung nicht laufen, da ihnen Schlagstöcke in den Hals und After getrieben worden waren. Im September wurde Dr. Peter Magombeyi von unbekanntem Männern aus seinem Haus entführt, gefoltert und später ausgesetzt. Magombeyi, ein Regierungsangestellter, hatte eine Reihe von Protesten organisiert, um bessere Gehälter für Regierungsärzte zu fordern. Vor seiner Entführung hatte er von einer örtlichen Mobilfunknummer eine Textnachricht erhalten, in der ihm mit dem Verschwinden gedroht wurde.

STRAFLOSIGKEIT

Das Versäumnis der Behörden, den Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln zu gewährleisten, war nach wie vor eine Hauptursache für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche. Die Behörden versäumten es, mutmaßliche Täter von Entführungen, Folter und unrechtmäßigen Tötungen festzunehmen, strafrechtlich zu verfolgen und zur Rechenschaft zu ziehen. Im August 2018 entsandten die Behörden Angehörige des Militärs, die in Harare, Epworth und Chitungwiza sechs Menschen erschossen und getötet hatten. Die Opfer der exzessiven Gewaltanwendung von Polizei und Militär waren entweder Teil der Proteste oder in die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten verwickelt. Im Januar wurden mindestens 16 Menschen getötet, nachdem die Behörden erneut Angehörige des Militärs eingesetzt hatten, um die Proteste aufzulösen. Trotz Aufrufen der Zivilgesellschaft und einiger ausländischer Botschaften und Empfehlungen der Untersuchungskommission Kgalema Motlanthe, mutmaßliche Täter festzunehmen und strafrechtlich zu verfolgen, haben die Behörden behauptet, dass es eine "dritte Gewalt" gibt, die für diese schweren Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Die Motlanthe-Untersuchungskommission wurde von Präsident Mnangagwa eingesetzt, um die Verletzungen während der Gewalttätigkeiten nach den Wahlen im August 2018 zu untersuchen. Die Empfehlungen zur Festnahme und strafrechtlichen Verfolgung von Tätern, die angeblich Protestierende getötet und verletzt haben, müssen noch umgesetzt werden.

WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE

In einem Jahr, in dem Sparmaßnahmen und Naturkatastrophen viele in Armut und finanzielle Unsicherheit stießen, litten die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Der Verfall der Wirtschaft Simbabwe spiegelt sich vielleicht am besten in den Berichten von Amnesty International über das zusammenbrechende öffentliche Gesundheitssystem wider. Patienten in staatlichen Krankenhäusern sahen sich mit einem Mangel an unentbehrlichen Medikamenten und, wenn verfügbar, mit hohen Kosten für Medikamente und Krankenwagen konfrontiert. Neben dem Mangel an Medikamenten verfügte das Zentralkrankenhaus von Harare über unzureichende Ausrüstung wie Beatmungs- und Anästhesiegeräte oder veraltete Geräte und einen kritischen Mangel an Pflegepersonal. Die Entbindungsstation des zweitgrößten Überweisungskrankenhauses Harare Central verfügte nicht über angemessene Betten, Anästhesiegeräte und Beatmungsgeräte. In der Mütterabteilung des Zentralkrankenhauses von Harare hatte der Mangel an ausreichender Ausrüstung und Personal schwerwiegende Auswirkungen auf die Geburtshilfe und die Gesundheit von Neugeborenen. Die schlechten Arbeitsbedingungen haben die Gesundheitskrise noch verschärft, da junge Ärzte Gehälter von nur 80 US-Dollar pro Monat erhalten. Dies hat 2019 zu mehr als drei Streiks und Demonstrationen des medizinischen Personals geführt. Ein Streik der Ärzte in der Ausbildung, der im September begann, dauerte mehr als 60 Tage.

RECHT AUF ERNÄHRUNG

Inmitten einer Wirtschaftskrise und Naturkatastrophen, deren Auswirkungen durch den Klimawandel noch verschärft wurden, stellte das Welternährungsprogramm der UNO fest, dass über fünf Millionen Menschen, mindestens ein Drittel der Bevölkerung Simbawwes, dringend Nahrungsmittelhilfe benötigen und vom Hunger bedroht sind. Simbabwe benötigt jährlich 2,2 Millionen Tonnen Getreide zur Ernährung seiner Bevölkerung, produzierte aber in der Landwirtschaftssaison 2018/19 nur 760.000 Tonnen. Im September enthüllte Landwirtschaftsminister Perence Shiri bei einer Kabinettsitzung, dass das Land im Jahr 2019 mit einem Defizit von 1,2 Millionen Tonnen Getreide konfrontiert ist. Die Ernteausfälle zwangen die Regierung zur Einfuhr von Getreide, was zu unbezahlbaren Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln führte. Die Behörden haben keine angemessenen Maßnahmen zur Eindämmung der Nahrungsmittelkrise ergriffen. Am Jahresende sahen sich die Menschen in den vom Zyklon Idai betroffenen Distrikten Chimanimani und Chipinge immer noch mit Nahrungsmittelknappheit konfrontiert, was auf eine schlechte logistische Planung und den Vorwurf des Missbrauchs bei der Verteilung von Almosen zurückzuführen war.

RECHT AUF WASSER

Viele Bewohner von Harare hatten nur begrenzten Zugang zu sauberem Wasser, und den Bewohnern von Bulawayo wurde das Wasser abgestellt, da die lokalen Regierungsbehörden in Bulawayo und Harare es versäumten, Wohnhäuser mit Wasser zu versorgen, undichte Leitungen zu reparieren oder zu ersetzen und schmutziges Wasser zu behandeln. Im September führte der Stadtrat von Bulawayo einen 48-stündigen Wasserabfluss pro Woche ein, der sich im Oktober auf 72 Stunden erhöhte, da er Schwierigkeiten hatte, Wohngebiete mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Diejenigen, die es sich leisten konnten, bohrten Bohrlöcher, um Zugang zu sauberem Trinkwasser

zu erhalten, und wurden dabei von den Gemeinderäten unterstützt, um das Auftreten von Krankheiten wie Cholera zu verhindern.

RECHT AUF UNTERKUNFT

Trotz verfassungsrechtlicher Bestimmungen, die den willkürlichen Abriss von Häusern verbieten, haben die Behörden weiterhin Menschen gewaltsam vertrieben, ohne angemessene Alternativunterkünfte bereitzustellen, wodurch viele Familien obdachlos, landlos und tiefer in die Armut getrieben wurden. Seit September standen 116 Menschen, die sich auf der Haydon Farm in Harare niedergelassen hatten, vor der Zwangsräumung, nachdem zwei ehemalige Minister der Kommunalverwaltung ihr Land besetzt hatten und begannen, es für gewerbliche Wohneinheiten zu erschließen. Im Jahr 2000, auf dem Höhepunkt des Landreformprogramms, wurde den Bewohnern vom Zvimba Rural District Council erlaubt, sich auf der Farm niederzulassen. Die Räumung wurde vor dem Obersten Gerichtshof angefochten, der sich ein Urteil vorbehalten hat. Sollten die Gerichte ihre Räumung in Ermangelung internationaler Menschenrechtsgarantien, einschließlich der Bereitstellung alternativer Unterkünfte, genehmigen, stellt die Räumung eine Zwangsräumung und somit eine Menschenrechtsverletzung dar. Im August wurden 58 Familien im Bezirk Chipinge in der Provinz Manicaland obdachlos, nachdem die Gemeindeverwaltung ihre Häuser abgerissen hatte, ohne alternative Unterkünfte bereitzustellen. Hochrangige Regierungsbeamte, lokale Behörden und das Ministerium für Land, Landwirtschaft, Wasser, Klima und ländliche Wiederansiedlung haben seit Januar Räumungsbescheide gegen Tausende von Familien zugestellt, die angeblich verschiedene Farmen in den Provinzen Masvingo, Midlands, Manicaland und Matabeleland besetzt hatten. Im März sahen sich die Menschen in Chipinge und Chimanimani in der östlichen Provinz Manicaland mit Tod und Verwüstung konfrontiert, als der Zyklon Idai schwere Winde, heftige Regenfälle und Sturzfluten verursachte. Dies führte zum Tod von mindestens 344 Menschen, zur Zerstörung von 4000 Haushalten, Geschäften und Schulen und beeinträchtigte die Lebensgrundlage von über 270.000 Menschen.

ABERKENNUNG DER STAATSANGEHÖRIGKEIT

Trotz der Bestimmungen in der Verfassung von 2013, die eine doppelte Staatsbürgerschaft für jede in Simbabwe geborene Person erlauben, blieben Hunderte von Menschen, die ursprünglich aus Malawi, Mosambik und Sambia stammten, staatenlos oder von der Gefahr bedroht, in Simbabwe staatenlos zu werden. Das Staatsbürgerschaftsgesetz, das 2001 dahingehend geändert wurde, dass Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft ihr Recht auf die simbabwische Staatsangehörigkeit entzogen wurde, wenn sie nicht innerhalb von sechs Monaten ab Januar 2002 ihre ausländische Staatsbürgerschaft aufgaben, führte dazu, dass Hunderte von Menschen staatenlos wurden. Aufgrund verschiedener Hindernisse, darunter die feindselige Haltung der Standesbeamten, übermäßige Zurückhaltung/Untätigkeit im Staatsbürgerschaftsamt und schwerfällige administrative Anforderungen, sahen sich Staatenlose weiterhin mit Herausforderungen beim Erwerb der simbabwischen Staatsbürgerschaft konfrontiert. Um das Problem der Staatenlosigkeit anzugehen, begannen die Behörden ein landesweites Programm zur Dokumentation derjenigen, die keine Geburtsurkunden und Ausweise besitzen und daher möglicherweise Schwierigkeiten haben, ihre Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Die meisten der Staatenlosen befanden sich auf Minen und Farmen in den Provinzen Mashonaland und Manicaland und waren Nachkommen der Opfer von Gukurahundi.